



Presseinformation

Nr. 25.218

25.07.2025

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 + 37 – Bundesratsinitiative für mehr Effizienz und Energiegerechtigkeit für Schleswig-Holstein auf dem deutschen Strommarkt starten; Regionale Preissignale fördern

Dazu sagt die energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Ulrike Täck**:

Mit Preiszonen werden die Strompreise fairer

Wenn Sonne scheint und Wind stark weht, viel Strom in unsere Kabel geht. Aber jedes noch so dicke Stromkabel hat seine Grenzen. Das deutsche Stromnetz ist historisch so gebaut, dass der Strom von zentralen Großkraftwerken, die ganz woanders stehen, verteilt wird. Wenn der Netzausbau nicht schneller vorangeht, kommt im Rest der Republik nicht viel vom norddeutschen Strom an. In der Folge werden bei uns die erneuerbaren Energien abgeschaltet. Die Anlagenbetreiber werden für diesen Verlust entschädigt. In Süddeutschland werden umgekehrt Gasturbinen angeschaltet mit zusätzlichen Brennstoffkosten. Bei den Netzbetreibern entstehen zusätzliche Kosten für die technische Organisation dieser Problemlage. Das nennt man Redispatch-Kosten. Auch die machen den Strom teuer. Und weil wir in einer einheitlichen Strompreiszone sind, müssen diese Kosten alle bezahlen. Das ist kein Verursacherprinzip!

Auf Basis einer Untersuchung der Übertragungsnetzbetreiber der EU schlägt die EU vor, Deutschland in fünf Preiszonen zu unterteilen. Hiermit können die unterschiedlichen Netzsituationen und die unterschiedliche Erzeugung erneuerbarer Energie fairer dargestellt werden. Eine Aufteilung in Strompreiszonen würde die Strompreise besonders in den Bundesländern mit viel erneuerbaren Energien senken. Und im Süden Deutschland gäbe es zusätzliche Anreize, Stromnetze und erneuerbare Energien auszubauen.

Und was steht im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung? - „Der Ausbau der Netze wird vorgebracht und mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien synchronisiert.“ Das heißt nichts anderes, als mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien genauso langsam zu werden, wie mit dem Netzausbau. Und da steht auch: „Wir halten an einer einheitlichen Stromgebotszone fest.“ Das sagt wirklich alles! Zudem sollen 20 Gigawatt erdgasbetriebene Kraftwerke gebaut werden. Das ist eine Bremse für den Ausbau der erneuerbaren Energien und ein Konjunkturprogramm für fossile Energieträger.

Dabei ist es mehr als nötig, räumlich und zeitlich differenzierte Preisbildungen zu machen und nicht an einem gestrigen System der Energie- und Kostenverteilung festzuhalten. Die differenzierten Strompreiszonen können Investitionen der energieverbrauchenden Industrie dorthin lenken, wo die meiste klimaneutrale Energie erzeugt wird. Historisch war es schon immer so, dass die Industrie dort hingegangen ist, wo es viel günstige Energie gibt. Die Stahlwerke haben sich dort angesiedelt, wo die Kohle war. Aber die Zeit der Industrie mit rauchenden Schornsteinen ist vorbei. Jetzt ist die Chance, die Energiewende mit einer Wirtschaftswende zu vereinen.

Deshalb bitten wir die Landesregierung, sich beim Bund dafür einzusetzen, die einheitliche Stromgebotszone Deutschlands auf den Prüfstand zu stellen, und zwar wissenschaftlich fundiert und nicht mit Einfluss der Fossillobby. Und dann müssen den Ergebnissen der Wissenschaft auch einmal Taten folgen. Denn die Energiewelt der Zukunft ist längst da. Und eine Reform des Strommarkts ist überfällig.

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de